

Metro nicht nach Witten

Das Gejammer ist groß. Witten bekommt wegen fehlender Gewerbeflächen nicht den Zuschlag für den Metro-Logistikpark. So die Behauptung.

Was ist dran an diesem Gejammer? Nichts. Unsere Stadt Witten hatte nie eine Chance und war als Ansiedlungsort auch nie konkret ein Thema. Man lese dazu die offiziellen Mitteilungen des Chemieparks Marl:

Im Rahmen des Projekts planen Evonik und Metro die Nutzung gemeinsamer operativer Infrastruktur, der zentralen Kälteversorgung für die Lager, den weiteren Ausbau der Verkehrsführung sowie die gemeinsame Nutzung der Werkfeuerwehr und des Werkschutzes. Der neue Logistikpark soll auf den Flächen der Westerweiterung des Chemieparks Marl entstehen.

Metro-Logistikchef Jeroen Janssen Lok:

Ein Großteil der Anlieferung ins Lager wird über den Wasserweg erfolgen.

Warum also Marl? Wegen der Anbindung an Schiene, Autobahn (A52, 43) und den Wesel-Datteln-Kanal. Und wegen offenbar massiver Verhandlungseingriffe (plus Subventionen?) des Landes NW.

Neue Arbeitsplätze?

Nein, unter dem Strich fallen Arbeitsplätze weg, die Anfahrtswege für die übernommenen Mitarbeiter der bisherigen Lager in Essen, Frechen, Kamen und Unna verlängern sich extrem auf Kosten der Umwelt und der Freizeit für die betroffenen Mitarbeiter. Und es drohen noch Lohnseinbußen von bis zu 500 € monatlich wegen eines Wechsels des Tarifvertrages (Amazon hat es vorgemacht).

Wollen wir wirklich einen Kannibalismus der Städte untereinander um die **vorhandenen** Arbeitsplätze?

Es wäre wünschenswert, wenn die Politik – allen voran unsere Bürgermeisterin – bei der Wahrheit blieben und nicht im Kampf um die Vernichtung wertvoller Freiflächen gezielte Desinformation betreiben würden.

Fehlende Flächen für Gewerbe?

Unisono fordern IHK; Sparkasse, CDU, SPD und FDP mantra-artig das Opfern von Freiflächen für die Umwandlung in Gewerbeflächen. Da wird in Bochum trotz der riesigen weitgehend unvermarkteten Opel-Flächen genauso gejamert wie in Witten.

Was ist dran an diesem Gejammer? Der Marktbericht 2015 der Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr weist für Witten ein Gesamtpotential an Gewerbeflächen von 46,35 ha (ca. 70 Fußballfelder) aus, davon 22,86 ha oder die Fläche von 35 Fußballfeldern restriktionsfrei. Dementsprechend sind 23,48 ha mit Restriktionen belastet.

Was sind Restriktionen? Das können sein:

- Hohe Preisvorstellungen der Eigentümer
- Keine Entwicklungsperspektiven
- Altlasten
- Vermarktungshemmende Förderbedingungen

Beispiel Thyssenfläche:

Fehlte es zunächst am Vermarktungswillen von Thyssen sind es nunmehr von der Politik geschaffene Restriktionen, so Frau Leidemann bei der Infoveranstaltung der Sparkasse und der Wirtschaftsförderung Ruhr.

Warum werden die nicht beseitigt? Was genau sind diese Restriktionen? Wenn der Boden verseucht ist, muss er entseucht werden – auf Kosten des Verursachers!

Wie dem auch sei: bei einem (angeblichen) Bedarf von 1 ha jährlich würden allein diese Flächen den Bedarf bis 2025 decken! Die oben genannten restriktionsfreien Flächen würden sogar bis 2039 (!) reichen. Und bis dahin wird sich die ein oder andere neue Branche ergeben.

Was ist also dran am Gerede von fehlenden Flächen? Nichts!

Flächenangebot

Allein auf der Homepage der Metropole Ruhr werden in den Nachbargemeinden Hattingen, Bochum und Dortmund freie Gewerbeflächen in riesiger Größe zum Verkauf angeboten:

Hattingen	9 ha
Dortmund	125 ha
Bochum	41 ha

Die Stadt Witten bietet aktuell 55.000 m² auf der eigenen Homepage an. Dazu kommen in allen Gemeinden, auch in Witten riesige Angebote bereits gebauter und eingerichteter Hallen. Nachfrage? Minimal.

Standortfaktor Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Form ist eine Aufforderung zum Kannibalismus der Gemeinden untereinander: man locke dem Nachbarn Unternehmen weg, etwa durch stark subventionierte Immobilienangebote (Abschläge beim Grundstückspreis, kostenlose Erschließung) – und schon hat man einen neuen Zahler – jedenfalls wenn dieser nach den ganzen Abschreibungen wieder steuerrechtlich verdient, denn die Gewerbesteuer ist ertragsabhängig. Den Kampf kann Witten nicht gewinnen. Warum also kümmern sich die in den Landtag gewählten Vertreter der Stadt Witten, allen voran Herr Kapschak nicht darum, dass diese Standortbedingungen vereinheitlicht werden, ein einheitlicher Steuersatz gilt und die Gewerbesteuer zumindest teilweise der Gemeinde zufällt, in der die Wertschöpfer, sprich Arbeitnehmer leben? Die Gewerbesteuer ist in Witten doppelt so hoch wie in Monheim, die Grundsteuer auch.

Witten bekommt keine Fördermittel, weil kreisangehörig. Und hat die höchsten Gewerbe- und Grundsteuern. Bekanntlich zieht es sogenannte Investoren dahin, wo der größte Gewinn winkt. Also reichen die Freiflächen vermutlich noch sehr viel länger.